



Kurswechsel

Heft 4/2001

Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen

Öffentlich/Privat – neue Grenzziehungen

Editorial	3
Birgit Sauer Öffentlichkeit und Privat revisited. Grenzziehungen im Neoliberalismus und die Konsequenzen für die Geschlechterpolitik	5
Alex Demirović Hegemonie und das Paradox von Privat und Öffentlich	12
Beat Weber Öffentlich/Privat – neue Grenzziehungen im Übergang zum Postfordismus	24
Eva Kreisky Ver- und Neuformungen des politischen und kulturellen Systems. Zur maskulinen Ethik des Neoliberalismus	38
Christine Stelzer-Orthofer Auf dem Weg zu einem »schlanken« Sozialstaat? Zur Privatisierung sozialer Risiken im österreichischen sozialen Sicherungssystem	51
Elisabeth Hammer, August Österle Neoliberale Gouvernamentalität im österreichischen Wohlfahrtsstaat. Von der Reform der Pflegevorsorge 1993 zum Kinderbetreuungsgeld 2002 ...	60
Richard Winklhofer Effizienz staatlicher versus privater Betriebe – empirische Belege zu einer öffentlichen Diskussion	70
Viktor Scherz Demokratisierung der Wirtschaftspolitik	79
Peter Ulrich Lehner Außerhalb des demokratischen Sektors. Zum geschichtlichen Verhältnis von Wirtschaft und Demokratie	89
Joachim Becker Umkämpfte Grenzziehungen: die gesellschaftliche Reichweite der Demokratie	97
Die Autorinnen und Autoren	103



Editorial

*Es ist gestern,
es wird heute,
es war morgen*
Jan Skácel

Ein neuer, (neo-)liberaler Zuschnitt von »Öffentlich« und »Privat«, der mit der sozialdemokratisch eingefärbten Sozialstaatlichkeit brechen würde, wurde schon seit der unmittelbaren Nachkriegszeit durch exklusive Think Tanks vorgedacht. Doch zur gesellschaftlichen Praxis wurde er erstmals in Chile nach dem Militärputsch vom 11. September 1973. Das neue Gesellschaftsmodell setzt auf die Verallgemeinerung der individualisierenden Konkurrenz als zentrales gesellschaftliches Strukturprinzip. In diesem Sinne werden die Arbeitsbeziehungen verbetriebllicht, die solidarische Sozial- durch Privatversicherung ersetzt und werden nicht-profitable Bereiche der sozialen Versicherung der patriarchalischen Familie anheimgestellt. Auch der Staat wird transformiert. Als Organisationsmodell des Staates wird das private Unternehmen definiert, zentrale Bereiche bleiben von demokratischer Kontrolle ausgespart. Hierbei hat die Peripherie dem Zentrum seine Zukunft aufgezeigt. Im Verlauf der »großen Krise« wurde das neue Modell auf das Betreiben dominanter Gruppen und unter konzeptioneller Schützenhilfe von liberalen Intellektuellen auch in Staaten des Zentrums, zunächst in den USA und Großbritannien, durchgesetzt. Für die EUropäische wirtschafts- und sozialpolitische Diskussion (sh. Kurswechsel 3/2001) ist es mittlerweile ebenfalls handlungsleitend.

Das (neo-)liberale Gesellschaftsmodell hat erst unter sozialliberalen, mit der ÖVP/FPÖ-Regierung unter nationalliberalen Vorzeichen auch in Österreich Einzug gehalten. Es zeichnet sich durch den Kult des Privaten aus. Und dies unter doppelem Vorzeichen: Kult des privaten Unternehmen auf der einen Seite, Kult der Familie auf der anderen Seite. Jene Bereiche sozialer Sicherheit, die für Finanzintermediäre nicht interessant sind, sollen in Richtung der patriarchalen Familie privatisiert werden. Gleichzeitig gibt es Elemente der Durchstaatlichung – allerdings nicht unter dem Siegel einer Stärkung der res publica: Zu nennen wäre hier die Etablierung einer staatlichen Kuratel über die frühere Selbstverwaltung der Sozialversicherung – mit dem Ziel ihrer späteren Privatisierung – oder der Ausbau des Sicherheitsstaates, der die Privatsphäre ausforscht.

Dies zeigt, dass einerseits die Grenzen zwischen »öffentlich« und »privat« neu gezogen werden, andererseits diese Begrifflichkeiten unterschiedlich definiert werden können. Aus unterschiedlichen Zugängen diskutieren Birgit Sauer, Alex Demirović und Beat Weber das Verhältnis von »öffentlich« und »privat« und dessen Veränderungen im Post-Fordismus.

Eva Kreisky zeichnet die Entstehung der neoliberalen Ideologie nach und unterzieht zentrale Elemente ihrer »Ethik« einer feministischen Kritik. Wie sich die neo-liberale Politik in einen Umbau der Staatlichkeit und damit verbunden in

einer Neuvermessung von »öffentlich« und »privat« umsetzt, arbeiten Christine Stelzer-Orthofer sowie Elisabeth Hammer und August Österle anhand der sozialen Sicherung und Richard Winklhofer anhand der Privatisierung bisher staatlicher Unternehmen heraus.

Die Veränderung der Staatlichkeit betrifft aber auch die gesellschaftliche Reichweite von demokratischer Kontrolle und Entscheidungsbeteiligung wie den Zugang zu staatlichen Entscheidungszentren. In Chile und in vielen anderen Staaten der Peripherie ist der Wechsel zum neo-liberalen Gesellschaftsmodell vielfach von Militärdiktaturen eingeleitet worden. Doch kommt der Neo-Liberalismus nicht generell im anti-demokratischen Gewande einher. Sozial-Liberale wollen (neo-) liberale Politik oft mit einem partizipativen Diskurs verbinden. Demokratische Partizipation ist unter diesem Vorzeichen jedoch nicht ergebnisoffen angelegt, sondern auf die Gewinnung eines gesellschaftlichen Konsenses über die Unvermeidlichkeit und Alternativlosigkeit der Kernelemente des dominanten Gesellschaftsmodells ausgerichtet. Dies ist eine »elitäre« Sicht der Demokratie. Sie wird dann primär als Vermittlungsverfahren begriffen. Diese eher zivilgesellschaftlich orientierte Durchsetzung (neo-)liberaler Gesellschaftlichkeit stellt die KonsumentenInnenfreiheit als höchstes Freiheitsstadium in den Vordergrund. In durchkapitalisierten Gesellschaften stößt dieses Ideal durchaus auf Resonanz. Diese Freiheit bedingt allerdings den Verzicht auf politische Entscheidungsfreiheiten und ganz reale strukturelle Verhaltenszwänge. Die Verbindung von Freiheit zum Konsum und Freiheit von politischen Alternativen wird als quasi naturgesetzliche Zwangsläufigkeit dargestellt. Viktor Scherz kritisiert einen derartigen liberalen Freiheits- und Demokratiebegriff und skizziert und problematisiert Elemente einer deliberativen Demokratie. Peter Ulrich Lehner arbeitet die Entwicklung der Diskussion der ArbeiterInnenbewegung um eine Demokratisierung der Wirtschaft von räte-demokratischen Vorstellung bis zur Mitbestimmungsdiskussion auf. Joachim Becker kritisiert die geschichtsdeterministische Vorstellungen gesellschaftlicher Entwicklung und verbindet die Frage nach der Demokratisierung der Wirtschaftspolitik mit der Hegemoniefrage. Ein emanzipatorisches Demokratiekonzept muss sich von Vorstellung eines naturwüchsigen Ablaufs der Geschichte und einer daraus resultierenden Sachzwanglogik lösen, bisher unterprivilegierte Gruppen in den politischen Prozess einbeziehen und dem jeweiligen wirtschaftspolitischen Bereich angemessene Formen politischer Entscheidungsbeteiligung entwickeln. Insofern kann sich eine Demokratisierung der Wirtschaftspolitik nicht auf irgendwelche best practice-Modelle beziehen, die bloß zu kopieren wären. Vielmehr sind Konzepte der Demokratisierung angepasst an den jeweiligen Kontext zu entwickeln.

Joachim Becker, Nadja Bergmann, Christa Schlager